

Einige Artikel zu den Themen Soziales und Kinder (und Verschiedenes)

Ausgaben für Sozialhilfe in NRW erneut gestiegen

Landkreistag fordert Entlastung der Kommunen

Wiesbaden/Düsseldorf (epd). Die Sozialhilfeausgaben in Deutschland sind im vergangenen Jahr um 4,8 Prozent gestiegen. Sie betragen insgesamt 27,7 Milliarden Euro, wie das Statistische Bundesamt am Montag in Wiesbaden mitteilte. Rund ein Viertel davon (7,2 Milliarden Euro) entfiel auf das bevölkerungsreichsten Bundesland NRW. Hier verzeichneten die Statistiker einen Anstieg um 4,2 Prozent. Der Landkreistag Nordrhein-Westfalen forderte eine Entlastung der Kommunen bei den Sozialhilfeausgaben.

Von den bundesweiten Ausgaben entfiel mit 15,6 Milliarden Euro der größte Teil auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (plus 4,5 Prozent). Für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurden 5,9 Milliarden Euro ausgegeben (plus 8,5 Prozent), für die Hilfe zur Pflege 3,6 Milliarden Euro (plus 1,9 Prozent).

In die Hilfe zum Lebensunterhalt flossen 1,4 Milliarden Euro (plus 7,6 Prozent) und in die Hilfen zur Gesundheit, die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten sowie die Hilfe in anderen Lebenslagen zusammen 1,2 Milliarden Euro (minus 2,5 Prozent).

In NRW stiegen die Sozialhilfeausgaben von 6,8 Milliarden Euro 2014 auf 7,15 Milliarden Euro im vergangenen Jahr. Somit liegt NRW bei den Ausgaben erneut an der Spitze aller Bundesländer. Pro Einwohner wurden hier rund 400 Euro ausgegeben und damit deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt (337 Euro).

Auch an Rhein und Ruhr machte im vergangenen Jahr der größte Anteil der Sozialhilfeausgaben mit 55 Prozent die Eingliederungshilfe für Behinderte aus, sie betrug 3,96 Milliarden. Für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurden 1,5 Milliarden Euro ausgegeben, für die Hilfe zur Pflege 0,9 Milliarden.

Der Landkreistag erklärte, Bund, Länder und Kommunen sollten sich gemeinsam darum bemühen, die Steigerung der Sozialhilfeausgaben zu bremsen. "Die Kostenspirale muss endlich durchbrochen werden", sagte Hauptgeschäftsführer Martin Klein. "Die Kommunen brauchen verlässliche und langfristige wirkende finanzielle Lösungen, um die bedürftigen Menschen vor Ort weiter unterstützen zu können." Eine Erhöhung der kommunalen Steuern zur Kompensation der steigenden Sozialhilfeausgaben könne nicht mehr die Lösung sein.epd-West mih max

Entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 196 vom .11.10.2016

Soziales

Hartz-IV-Empfänger immer länger ohne Beschäftigung

Berlin/Essen (epd). Die Arbeitslosigkeit von Hartz-IV-Empfängern dauert immer länger. Das geht aus neuen Daten der Bundesagentur für Arbeit hervor, die den Zeitungen der Funke Mediengruppe vorliegen. Demnach betrug die durchschnittliche Dauer der Hartz-IV-Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr 619 Tage. Im Jahr 2011 waren es noch 555 Tage. Trotz guter Konjunktur ist die Verweildauer im Hartz-IV-System damit binnen vier Jahren um 11,5 Prozent gestiegen. Der Trend hält dem Bericht zufolge an: Im September 2016 waren Hartz-IV-Empfänger im Durchschnitt 635 Tage arbeitslos. Die Daten hatte die Bundesagentur auf Anfrage der Linken-Arbeitsmarktexpertin Sabine Zimmermann erstellt. Sie sagte den

Funke Zeitungen, dass die Dauer der Erwerbslosigkeit im Hartz-IV-System steige, sei "ein blamables Ergebnis für die Bundesregierung und leider logische Konsequenz des arbeitsmarktpolitischen Stillstands".

epd-West bas fri

entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 196 vom .11.10.2016

Zahl älterer Langzeitarbeitsloser deutlich gestiegen

Saarbrücken (epd). Ältere Langzeitarbeitslose haben es zunehmend schwer, eine neue Stelle zu finden. Die Zahl der erwerbslosen Hartz-IV-Empfänger über 58, die mindestens ein Jahr lang kein Jobangebot mehr bekamen, stieg seit 2011 um mehr als die Hälfte, wie aus Zahlen der Bundesregierung hervorgehen, die der "Saarbrücker Zeitung" (Freitagsausgabe) vorliegen. Demnach wurden im vergangenen Jahr durchschnittlich knapp 163.000 Betroffene registriert. Im Jahr 2011 waren es noch knapp 107.000.

In der offiziellen Arbeitslosenstatistik tauchen diese Menschen allerdings nicht auf: Nach dem Sozialgesetzbuch gelten über 58-Jährige, die länger als ein Jahr ohne Arbeit sind, nicht mehr als erwerbslos, wenn sie von den Jobcentern zwölf Monate lang kein Angebot für eine versicherungspflichtige Beschäftigung erhalten haben.

Zugenommen hat in den vergangenen fünf Jahren aber auch die Zahl der mindestens 58 Jahre alten Langzeitarbeitslosen, die statistisch als arbeitslos gelten. Sie erhöhte sich nach Mitteilung der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei um 42 Prozent auf fast 167.000.

Zugleich nahmen weniger Erwerbslose über 58 an sogenannten aktivierenden Maßnahmen teil oder verrichteten Ein-Euro-Jobs. Ihre Zahl sank von 2011 bis 2015 um 17 Prozent. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Sabine Zimmermann, forderte als Konsequenz mehr Investitionen in die Betreuung und Vermittlung älterer Erwerbsloser, um Altersarmut vorzubeugen. Viele Jobcenter hätten diese Gruppe von Arbeitslosen als nicht vermittelbar abgeschrieben, kritisierte Zimmermann.

epd-West igl spi

Entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 155 vom 12.08.2016

Fast eine Million Rentner stocken mit Minijob auf

Essen (epd). Rentner stocken ihr Einkommen zunehmend mit einem Minijob auf. Ende des Jahres 2015 hatten bereits 943.000 Senioren ab 65 Jahren eine geringfügige Beschäftigung, wie aus aktuellen Zahlen des Bundesarbeitsministeriums hervorgeht, die der Essener Funke Mediengruppe (Dienstagsausgaben) vorliegen. Die Zahl der Rentner-Minijobber stieg demnach seit 2010 um 22 Prozent und im Vergleich zu 2005 sogar um 35 Prozent. Vor zehn Jahren arbeiteten noch weniger als 700.000 Senioren in einem Minijob.

Einen besonders großen Zuwachs gibt es den Angaben zufolge bei den Rentnern ab 75 Jahren. Ende vergangenen Jahres waren mit knapp 176.000 Senioren dieser Altersgruppe mehr als doppelt so viele in einem sogenannten 450-Eurojob beschäftigt als im Jahr 2005.

Der dramatische Anstieg der minijobbenden Rentner zeige, dass sich immer mehr Rentner die Altersbezüge aufbessern müssten, kritisierte der Rentenexperte Matthias W. Birkwald von der Linken-Bundestagsfraktion, die die Zahlen angefordert hat. Die Betroffenen arbeiteten "nicht aus Spaß, sondern weil die Rente nicht zum Leben reicht". Der Linken-Politiker forderte "flexible und sozial abgesicherte Vorruhestandsregelungen für diejenigen, die es nicht bis zur Regelaltersgrenze schaffen", und eine "armutsfeste und den Lebensstandard sichernde Rente".

epd-West spi igl

Entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 167 vom 30.08.2016

Zeitung: Jeder zweite Hartz IV-Aufstocker arbeitet als Fachkraft

Düsseldorf (epd). Mehr als die Hälfte der Hartz IV-Aufstocker (52 Prozent) mit sozialversicherungspflichtigen Jobs arbeiten laut einem Zeitungsbericht als Fachkräfte. Diese Aufstocker hätten auch eine abgeschlossene Berufsausbildung, heißt es in einem Bericht der in Düsseldorf erscheinenden "Rheinischen Post" (Samstagsausgabe). Das gehe aus Zahlen der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervor, die von der Linksfraktion im Bundestag ausgewertet worden seien. Weitere vier Prozent der Aufstocker arbeiteten in gehobenen Experten- oder Spezialistenpositionen, 44 Prozent in Helferpositionen.

Die Zahlen zeigten, dass Aufstocken oft kein Problem zu geringer Qualifikation sei, sondern mehrheitlich gut Ausgebildete davon betroffen seien, hieß es. Viele, wie beispielsweise Alleinerziehende, seien gezwungen, Teilzeit zu arbeiten. Die meisten Aufstocker arbeiteten im Lebensmittel- und Gastgewerbe, in der Logistik (jeweils 15 Prozent), im Reinigungswesen und im Einzelhandel (jeweils 14 Prozent). Die Zahl der Aufstocker sei den Zahlen zufolge durch die Einführung des Mindestlohns Anfang 2015 nur geringfügig um gut 50.000 auf 998.000 im Jahresdurchschnitt 2015 gegenüber 2014 gesunken.

epd-West spi

Entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 151 vom 08.08.2016

Alleinerziehende fordern bessere Lebensbedingungen

Dortmund (epd). Der katholische Alleinerziehendenverband Agia hat sich für bessere soziale und finanzielle Lebensbedingungen von alleinerziehenden Müttern und Vätern ausgesprochen. In Jobcentern und Kommunen sollten die Zuständigkeiten für die Belange von Alleinerziehenden gebündelt statt zergliedert werden, forderte die Arbeitsgemeinschaft Interessenvertretung Alleinerziehende am Montag in Dortmund. Kinderbetreuungsangebote in Randzeiten müssten schnellstmöglich ausgeweitet werden. Denn etwa jede fünfte Familie in Deutschland sei heute alleinerziehend.

Kinder überwiegend alleine zu erziehen und ihnen ein Zuhause zu geben, sei eine herausfordernde Aufgabe, erklärte der Verband. Diese erfordere überdurchschnittlich viel Einsatz, Kraft und Mut sowie gesellschaftliche Unterstützung. Mehr als die Hälfte der Kinder im Hartz-IV-Bezug sind den Angaben zufolge Kinder von Alleinerziehenden. Daher sollten die Chancen und Möglichkeiten von Alleinerziehenden oder Paaren in Trennung durch niedrigschwellige Beratungsangebote gefördert werden.

Trotz guten Bildungsniveaus und starker Erwerbsbeteiligung hat sich die Einkommenssituation von Alleinerziehenden dem Verband zufolge in den vergangenen zehn Jahren weiter verschlechtert. Dagegen habe sich das Armutsrisiko von Paarfamilien verringert, erklärte die vor 30 Jahren gegründete Arbeitsgemeinschaft aus Vertretern katholischer Verbände.

epd-West mih max

Entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 196 vom .11.10.2016

719.600 unter 3-Jährige am 1. März 2016 in Kindertagesbetreuung

(Quelle: Destatis) Die Zahl der Kinder unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung ist zum 1. März 2016 gegenüber dem Vorjahr um rund 26.200 auf insgesamt knapp 719.600 Kinder gestiegen. Der Anstieg fiel damit weniger stark aus als in den Vorjahren (2015: + 32.600). Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) anhand der Ergebnisse zur Statistik der Kindertagesbetreuung weiter mitteilt, lag die Betreuungsquote am Stichtag bundesweit bei 32,7 %. Die im Vergleich zum Vorjahr leicht niedrigere Betreuungsquote ergibt sich trotz einer gestiegenen Zahl betreuter Kinder unter 3 Jahren aus der Zuwanderung und einer höheren Geburtenzahl.

Entnommen aus vkm-newsletter 40-2016 vom 01.10.2016

Landesprogramm bietet Chance vor allem für Alleinerziehende – Erfolgreich gegen Langzeitarbeitslosigkeit

(Quelle: Arbeit.NRW) Alleinerziehend, ohne Ausbildung, arbeitslos? Das ESF-geförderte Programm TEP unterstützt die Ausbildung in Teilzeit und bietet vor allem Alleinerziehenden berufliche Chancen. Arbeitsminister Rainer Schmelzer zog Zwischenbilanz: „Etwa 70 Prozent der Teilnehmenden konnten wir erfolgreich beim Einstieg in eine Ausbildung unterstützen oder ihnen eine andere Perspektive eröffnen. Das Programm ist ein voller Erfolg.“ **Mehr**

Entnommen aus vkm-newsletter 26-2016 vom 25.06.2016

NRW-Studierendenwerke wollen 3.000 neue Kita-Plätze schaffen

Düsseldorf (epd). Die nordrhein-westfälischen Studierendenwerke sehen derzeit landesweit einen Bedarf für 3.000 weitere Kita-Plätze an den Hochschulstandorten. Aktuell gibt es rund 1.500 Kita-Plätze an den Hochschulen in NRW, wie der stellvertretende Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW, Detlef Rujanski, am Donnerstag in Düsseldorf sagte. "Wir wollen für mindestens ein Prozent der Studierenden solche Kita-Plätze vorhalten", erklärte Rujanski weiter. Etwa fünf Prozent aller Studierenden in NRW hätten Kinder.

Die weiteren Kitas an den Hochschulen seien jedoch nicht umgehend zu realisieren, hieß es. So seien hochschulnahe geeignete Grundstücke für die Kitas nötig. Vielfach müsse auch wegen der über Bundesländergrenzen hinweg pendelnde Studierenden Kontakt mit den anderen Bundesländern oder - wie etwa im Fall des Hochschulstandortes Aachen - auch mit angrenzenden EU-Ländern verhandelt werden.

Die insgesamt zwölf Studierendenwerke in NRW sehen landesweit zudem einen mittelfristigen Bedarf für mindestens 5.000 Wohnheimplätze. Derzeit liegt die Auslastung der rund 39.000 vorhandenen Wohnplätze für Studierende, die von den Studierendenwerken betrieben werden, bei 98 Prozent. Engpässe gibt es laut Rujanski vor allem in den Wintersemestern unter anderem in Aachen, Köln, Siegen und Paderborn.

Vor allem ausländische Studierende hätten oft große Probleme, auf dem regionalen Wohnungsmarkt eine Bleibe zu finden. Deshalb solle Anteil von ausländischen Studierenden in den Wohnheimen auch weiterhin bei rund einem Drittel liegen, erklärten die Studierendenwerke.

Aktuell gibt es laut Rujanski einen Anteil ausländischer Studierender in den Wohnanlagen von durchschnittlich 39 Prozent. Er schwankt zwischen 59 Prozent in Bonn, 42 Prozent in Köln, 31 Prozent in Siegen und 23 Prozent in Bielefeld. Die durchschnittliche monatliche Miete pro Wohnplatz beläuft sich auf derzeit 250 Euro.

Rund 95.000 von den insgesamt 580.000 Studierenden haben im Wintersemester 2015/2016 Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) bezogen, wie Helga Fels von der Arbeitsgemeinschaft der Studierendenwerke NRW erklärte. Die durchschnittliche Fördersumme habe 434 Euro pro Monat betragen. Sie sei gegenüber dem Vorjahreszeitraum um vier Euro monatlich gesunken.

NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) bezeichnete die landesweit zwölf Studierendenwerke als "soziales Rückgrat der Hochschulen". Die Gesamtzahl der Studierenden lag im Studienjahr 2015 nach ihren Worten bei 745.000, von denen etwa 581.000 in der Zuständigkeit der Studierendenwerke gewesen seien. Die Zahl der Studienanfänger sei 2015 um rund 3,2 Prozent auf knapp 106.000 zurückgegangen.

Die rot-grüne Landesregierung bezuschusst die Studierendenwerke in NRW im laufenden Jahr mit 45 Millionen Euro. Für Sanierung und Modernisierung von Studierendenwohnraum stelle das Land im Jahr 2017 zusätzlich weitere 40 Millionen Euro zur Verfügung, erklärte Schulze weiter. Damit könnten etwa 2.900 Wohnheimplätze an den Standorten Münster, Bonn, Paderborn und Essen-Duisburg modernisiert und saniert werden.

Entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 155 vom 12.08.2016

Diakonie Deutschland für Anhebung des Kinderregelsatzes

(Quelle: Diakonie Deutschland) "Die große Kinderarmut in Deutschland ist alarmierend. Bisher hat es die Politik nicht geschafft, die Situation armer Familien wirklich zu verbessern. Die sozial- und familienpolitischen Instrumente reichen nicht aus, um Kinder- und Jugendarmut zu vermeiden", sagt Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland anlässlich der Veröffentlichung der aktuellen Bertelsmann-Studie "Kinderarmut". Sie zeige deutlich, dass die Armut von Kindern und ihren Familien trotz wirtschaftlichem Wachstum auf einem nach wie vor hohen Niveau stagniert und in einzelnen Regionen Deutschlands sogar zugenommen hat.

Der Staat habe eine besondere Verantwortung gegenüber Kindern, die ihre Lebenssituation nicht selbst ändern können. "Im Rahmen der Neufestsetzung der Hartz IV-Regelsätze werden wir uns daher dafür einsetzen, dass der Kinderregelsatz angehoben wird", so Loheide. "Die Diakonie Deutschland fordert eine eigenständige und einheitliche Geldleistung für alle Kinder und Jugendlichen, die den grundlegenden finanziellen Bedarf für die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe absichert.

Die Politik muss endlich diesen unhaltbaren Zustand beenden, der Kinder so nachhaltig in ihrer gesundheitlichen Entwicklung, in ihren Bildungschancen sowie in ihrer gesamten Lebensbiografie beeinträchtigt", betont Loheide.

Entnommen aus vkm-newsletter 43 vom 22.10.2016

Kinder in Armutslagen - Konzepte, aktuelle

(Quelle: IAB) Die Betrachtung von Kindern in Armutslagen besitzt eine besondere gesellschaftliche Relevanz. Kinder sind eine Bevölkerungsgruppe, die eines besonderen Schutzes und einer besonderen Unterstützung bedarf. Zudem tragen Kinder keine Schuld an ihrer Armutslage und sind nicht in der Lage, sich selbst daraus zu befreien. In Kindheit und Jugend wird der Grundstein für das weitere Leben gelegt.

Abstract und kostenlosen Volltext-Download finden Sie unter:

<http://www.iab.de/185/section.aspx/Publikation/k160908j01>

Entnommen aus vkm-newsletter 43 vom 22.10.2016

Erzieherinnen sind überwiegend zufrieden mit ihrer Arbeit, aber weniger mit dem Lohn

(Quelle: DIW) Erzieherinnen sind mit ihrer Arbeit zufriedener als Beschäftigte vieler anderer Berufsgruppen. Ihr Gehalt empfinden sie – im Vergleich zu einigen anderen Berufsgruppen – häufiger aber als nicht so angemessen. Das sind zentrale Ergebnisse einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), die auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) der Jahre 2008 bis 2014 basiert. Analysiert wurden nur Erzieherinnen, nicht aber Erzieher, weil Männer diesen Beruf selten ergreifen und die Fallzahl in der Stichprobenerhebung für aussagekräftige Analysen zu gering ist. Die Analysen zeigen, dass Erzieherinnen mit ihrer Arbeit ähnlich hohe Zufriedenheitswerte wie Grundschullehrerinnen erreichen und höhere Werte als Verwaltungsfachfrauen und andere

erwerbstätige Frauen mit berufsqualifizierendem Abschluss. Obwohl sich Erzieherinnen insgesamt nicht überdurchschnittlich stark belastet fühlen und beispielsweise nicht häufiger über Zeitdruck klagen als andere Beschäftigte, macht ihnen die zunehmende Arbeitsintensität zu schaffen.

„Die Anforderungen für die Berufsgruppe der Erzieherinnen sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen“, erklärt Studienautorin C. Katharina Spieß, Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin. „Kinder gehen früher in die Kita, verbringen dort mehr Zeit und haben vielfältigere Bedürfnisse. Bei vielen Erzieherinnen ist die Balance zwischen beruflicher Belohnung und Verausgabung zum Beispiel im Vergleich zu Grundschullehrerinnen nicht so ausgewogen“, so Spieß. Darüber hinaus wurden Analysen durchgeführt, die nach der Haushaltskonstellation der Erzieherinnen unterscheiden. Es zeigt sich, dass sich Erzieherinnen ohne eigene Kinder oft verausgabter und weniger wertgeschätzt fühlen als Erzieherinnen mit Kindern – auch dann, wenn diese alleinerziehend sind.

Viele Erzieherinnen sind mit ihrer Arbeitszeit nicht zufrieden: 31 Prozent würden die Zahl ihrer Wochenstunden gerne erhöhen – mehr als in jeder anderen der untersuchten Berufsgruppen. Insbesondere wenn sie weniger als 21 Stunden pro Woche arbeiten, haben Erzieherinnen den Wunsch nach einer längeren Arbeitszeit: In dieser Gruppe ist der Anteil derer, die ihren Erwerbsumfang erhöhen möchten, mit 63 Prozent am größten. „Inwiefern der künftige Fachkräftebedarf über eine Arbeitszeiterhöhung bereits erwerbstätiger Erzieherinnen gedeckt werden kann, ist nicht klar“, so Studienautor Franz Westermaier. „Fakt ist aber, dass es zwischen den Arbeitszeitwünschen und den tatsächlichen Arbeitszeiten eine große Diskrepanz gibt.“

Mehr Investitionen in die frühe Bildung wären aus Sicht von Spieß und Westermaier in jedem Fall sinnvoll. Dabei sollten die subjektive Belastung und Zufriedenheit der Erzieherinnen künftig eine größere Rolle spielen. Ein Ansatzpunkt könnte auch ein höherer Fachkraft-Kind-Schlüssel sein, sodass Erzieherinnen für weniger Kinder gleichzeitig verantwortlich wären. „Wer sich zu stark belastet fühlt und zu wenig Anerkennung erfährt, kann häufig nicht seine optimale Arbeitsleistung abrufen“, so Spieß. Soll der Kinderbetreuungsbereich für Fachkräfte attraktiver werden, müsse sich das ändern. „Entsprechende Maßnahmen wären, sofern sie die Qualität der Kinderbetreuung verbessern, gut investiertes Geld, denn sie würden das Humanpotential der deutschen Wirtschaft stärken“, so Spieß.
Entnommen aus vkm-newsletter 45 vom 05.11.2016

500.000 Eingaben für "freies Internet" in Europa

Kampagne befürchtet ein "Zwei-Klassen-Netz"

Bielefeld/Bonn (epd). Eine europaweite Kampagne hat über 500.000 Eingaben "für ein freies Internet" und eine Beibehaltung der Netzneutralität gesammelt. Wie die Grundrechte-Organisation Digitalcourage am Montag in Bielefeld mitteilte, sollen die Eingaben am Dienstag in Bonn der Bundesnetzagentur übergeben werden. Hintergrund sei die am 30. August ablaufende Frist für die Verabschiedung von Leitlinien zur Anwendung der bereits 2015 beschlossenen EU-Verordnung über die Netzneutralität.

Das Prinzip der Netzneutralität bedeute, dass sämtliche Daten vom Internetanbieter unabhängig vom Absender, Empfänger und Inhalt ohne Unterscheidung gleich befördert werden müssen, heißt es weiter. Internet-Konzerne kämpften aber gegenwärtig für ein Zwei-

Klassen-Netz, erklärte Friedemann Ebel vom Verein Digitalcourage. Die Konzerne wollten "Dienstleistungen und Daten von zahlenden Unternehmen und Kunden bevorzugen, um Geld zu machen". Wer nicht zahle, bekomme Daten und Informationen langsamer und werde so in der freien Wahl beim Surfen beeinträchtigt.

Die deutsche Bundesnetzagentur habe aktuell den Vorsitz in dem Gremium der europäischen Regulierungsbehörden inne, das die Leitlinien zur EU-Verordnung erarbeitet, erklärte Digitalcourage. Der Vizepräsident der Bundesnetzagentur Wilhelm Eschweiler habe es somit in der Hand, ob den Eingaben von 500.000 Menschen Gehör verschafft werde oder "ob Europa das Interesse der großen Telekomfirmen über das Interesse der restlichen Gesellschaft stellt", sagte Thomas Lohninger von der Initiative savetheinternet.eu. "Save the Internet" ist nach eigenen Angaben eine gemeinsame Kampagne von 23 europäischen Nichtregierungsorganisationen.

epd-West tk fri

Entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 151 vom 08.08.2016

Studie: Viel Lebensmittelverschwendung wegen schlechter Planung

Düsseldorf/Osnabrück (epd). Lebensmittel landen nach einer neuen Studie vor allem wegen schlechter Haushaltsplanung, aber auch wegen mangelnden Wissens über Haltbarkeit und Lagerung im Abfall. Wie die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen am Donnerstag in Düsseldorf mitteilte, werfen 15 bis 46 Prozent der Verbraucher Essen weg, weil sie die Übersicht über ihre Vorräte verloren oder Lebensmittel vergessen haben. Viele Abfälle entstehen auch, weil zu große Portionen gekocht wurden (12 bis 17 Prozent). Daneben spielen auch mangelndes Wissen über die richtige Lagerung von Lebensmitteln (12 bis 38 Prozent) sowie über das Mindesthaltbarkeitsdatum (19 bis 33 Prozent) eine Rolle.

Für die Studie im Auftrag der Deutschen Bundesstiftung Umwelt in Osnabrück werteten die Verbraucherzentrale NRW, die Unternehmensberatung Corsus Corporate Sustainability und die Initiative "United Against Waste" mehrere Untersuchungen über Lebensmittelverschwendung aus. Demnach werfen unter 30-Jährige, Gutverdiener, gut Gebildete sowie größere Haushalte überdurchschnittlich viele Nahrungsmittel weg. Dagegen landet bei über 50-Jährigen, Arbeitslosen und Rentnern deutlich weniger Essbares im Abfall.

Grundsätzlich unterschätzten die Haushalte das Ausmaß ihrer Lebensmittelabfälle meist sehr deutlich, hieß es. "Es gibt zwar eine theoretische, unverbindliche Bereitschaft für ein abfallarmes Verhalten, das sich im alltäglichen Handeln jedoch kaum wiederfinden lässt", erklärten die Autoren.

Um das zu ändern, ist nach Ansicht der Studienautoren vor allem eine bessere Aufklärung der Verbraucher über Bedarfsplanung, Lagerung und Haltbarkeit nötig. Bereits in Kitas oder der Schule sollte Kindern und Jugendlichen ein bewusster Umgang mit Nahrungsmitteln vermittelt werden. Weiter empfiehlt die Studie eine medial breit angelegte Kampagne über Lebensmittelverschwendung. Verbraucher könnten zudem durch eine Dokumentation ihrer Lebensmittelabfälle dazu motiviert werden, ihr Verhalten zu ändern.

Hersteller von Kühlgeräten sollten auf Gerätedisplays oder in Bedienungsanleitungen besser über die richtige Reinigung der Geräte aufklären, rät die Studie weiter. Zudem müsse der Handel Strategien zum Verkauf von sogenanntem "ugly food", also etwa Obst und Gemüse mit optischen Mängeln, entwickeln. Nötig sei darüber hinaus mehr Forschung über den Konsum und die Verschwendung von Lebensmitteln, so etwa Abfallanalysen.

epd-West max spi

Entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 155 vom 12.08.2016

NRW-Verkehrsminister Groschek will mehr E-Bikes statt Elektroautos

Düsseldorf (epd). Der nordrhein-westfälische Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) will E-Bikes statt Elektroautos fördern. "Wir werden eine Million Elektrofahrzeuge bis 2020 schaffen. Aber auf zwei Rädern, nicht auf vier", sagte Groschek der in Düsseldorf erscheinenden "Rheinischen Post" (Freitagsausgabe). "Ich plädiere dafür, die Förderung von Elektroautos einzustampfen und das Geld in die Entdieselung des Öffentlichen Personennahverkehrs zu investieren." Der Boom der Elektro-Fahrräder müsse genutzt werden.

Zudem sollen laut Groschek Radschnellwege ausgebaut werden. "Wenn wir die Menschen vom Auto aufs Elektrofahrrad bringen, ist der Umwelt genauso gedient wie mit Elektroautos", sagte er. Damit werde zugleich etwas gegen Staus unternommen.

epd-West spi igl

Entnommen aus: EPD-Nachrichten Nr. 155 vom 12.08.2016

EKD-Magazin zum Reformationsjubiläum 2017

(Quelle: EKvW) Am Reformationstag 2017 jährt sich zum 500. Mal die Veröffentlichung der 95 Thesen, die Martin Luther der Überlieferung nach an die Tür der Schlosskirche in Wittenberg schlug. Darum gestalten Bund, Länder, Landeskirchen und die EKD ein Festjahr vom 31. Oktober 2016 bis zum 31. Oktober 2017. Zum Auftakt dieses Jubiläumjahres veröffentlicht die EKD ein Magazin, das vor allem die theologische Bedeutung des Jubiläums in den Mittelpunkt stellt.

Mehr dazu [hier](#).

Entnommen aus vkm-newsletter 28 vom 09.07.2016

Landessynode 2016: Das Wichtigste auf einen Klick

(Quelle: EKvW) Die Kisten des Synodenbüros und die Koffer der Synodalen sind erst just wieder ausgepackt, aber die wichtigsten Infos rund um die Landessynode 2016 sind schon längst online. Für Daheimgebliebene und alle, die's interessiert, gibt's Grußworte und Berichte, Beschlüsse und jede Menge Fotoimpressionen zum Nachlesen, -hören und -gucken. Zum Beispiel der Bericht der Präses, die Haushaltsrede, der Zwischenbericht zum »Pfarramt in der Dienstgemeinschaft« oder die Stellungnahmen zum Thema Kinderarmut und Flüchtlinge.

Mehr [hier](#)

Entnommen aus vkm-newsletter 48 vom 27.11.2016

Filme online gucken

Interessante und hochwertige Filme bequem über das Internet zu streamen ist nun für alle Menschen im Bereich der rheinischen Kirche über das [Medienportal der Evangelischen Kirche im Rheinland](#) möglich. Die Filme können auch heruntergeladen und rechtssicher in Bildungsveranstaltungen vorgeführt werden

Entnommen aus vkm-newsletter 48 vom 27.11.2016